

Editorial – Lasst uns endlich zu Wort kommen!



Propagandawalze: Eine Propagandawalze für eine Legalisierung von Cannabis bis hin zu Kokain überrollt seit einigen Monaten die Schweizer Bevölkerung. Mit Presstiteln wie «Grünes Kraut löst Goldrausch aus», «CBD-Hanf erobert Kioske», «Hanfzigaretten sind der Renner», «Kiffer können AHV retten», «Nationalfonds unterstützt Kiffer-Studie» oder «Bund will hochprozentigeren Cannabis erlauben» werden wir fast täglich bombardiert.

Verharmlosung wie in den 1990er-Jahren: Das grosse Wort betreffend die Legalisierung von Drogen führen in den Medien ausschliesslich sogenannte Experten aus den 1990er-Jahren. Es sind die gleichen, welche durch Verharmlosung der Drogen (Plakatkampagne «Jeder Süchtige schafft den Ausstieg» usw.) und durch das Verhindern von Polizeieinsätzen gegen Drogendealer und bei Ansammlungen von Drogensüchtigen die offenen Drogenszenen provoziert haben. Anstatt diese «Fachpersonen» für das unerträgliche Elend verantwortlich zu machen und zur Rechenschaft zu ziehen, konnten sie mit Steuergeldern unterstützt ihre gegen das Wohl unserer Bevölkerung – vor allem unserer Kinder – ideologisch oder finanziell motivierte Drogenpolitik weiterverfolgen. In der Zwischenzeit haben die

«Experten in Drogenfragen» den Marsch durch die Institutionen geschafft, unterstützt von Medienleuten z. B. unserer renommierten Wirtschaftszeitung.

Ehrenamtlich gegen die Legalisierungslobby: Zum Glück gibt es immer noch ein gutes halbes Dutzend von Vereinigungen, die unter dem Dachverband «Drogenabstinenz Schweiz» zusammengefasst sind und sich aktiv und ehrenamtlich gegen die gut bezahlte Drogenlegalisierungslobby stellen.

Einseitige Berichterstattung: Mit der im vorliegenden EgD-Info Nr. 4/2017 abgedruckten Medienmitteilung des Vereins «Jugend ohne Drogen» und dem «Offenen Brief» an alle Bundesräte (und Medien) wird gegen die einseitige Berichterstattung und Einflussnahme auf die Meinung der Bevölkerung protestiert. Welche Medien werden unsere Ansichten in ihre Pressemitteilungen aufnehmen? Eigentlich wäre es die Pflicht der Medien, jedes Thema mit Pro- und Kontra-Argumenten zu durchleuchten! Aber in Drogenfragen wird diese Forderung sträflich vernachlässigt. Das verzerrte Bild, das wir tagtäglich vor Augen geführt bekommen, wollen wir hier mit einigen Beispielen korrigieren.

Wichtige Information

Als ehrenamtlich tätige Schweiz. Vereinigung sind wir auf Spenden angewiesen, damit wir zur Information der Bevölkerung das EgD-Infobulletin herausgeben können. Aus Kostengründen **bitten wir Sie uns mitzuteilen** (Post- und E-Mail-Adressen s. letzte Seite), **falls Sie das EgD-Info nicht mehr auf Papier erhalten möchten**. Auf unserer Website www.elterngegendrogen.ch finden Sie sämtliche EgD-Infos ab 2005 als PDF, auch die künftigen werden wir dort aufschalten. Herzlichen Dank.

Das Betäubungsmittelgesetz und die UNO-Drogen-Resolution stützen unsere Drogenpolitik: Alle Vereinigungen im Dachverband «Drogenabstinenz Schweiz» stellen die Menschen in den Mittelpunkt und wollen, dass deren Umfeld möglichst drogenfrei ist. Unterstützung finden diese im Artikel 1 a-e des Betäubungsmittelgesetzes und in der UNO-Drogen-Resolution, welche ungefähr 200 Staaten unterschrieben haben!

Island hat den Kampf gegen Drogen gewonnen: Ein vorbildliches Beispiel, wie eine ganze Bevölkerung erfolgreich das Drogenproblem lösen kann, zeigt Island.

In San Patrignano haben 25'000 junge Menschen eine Drogentherapie abgeschlossen: Das kostengünstige Drogentherapieprojekt San Patrignano bei Rimini, in welchem bereits 25'000 junge Menschen eine Therapie absolvierten – wovon dann gemäss einer italienischen Studie 72% drogenfrei waren – und dank einer Berufsausbildung zu einer wichtigen Stütze der Gesellschaft geworden sind, muss unbedingt in der Schweiz Nachahmung finden.

Sabina Geissbühler-Strupler, Präsidentin der Schweizerischen Vereinigung Eltern gegen Drogen

Der Cannabis-Offensive entgegentreten!

Medienmitteilung des Vereins
Jugend ohne Drogen vom Oktober
2017

«Legaler Hanf boomt», «Kiffer können AHV retten», «CBD statt THC», «Gold schürfen und Hasch verkaufen», «Bereit für die Legalisierung» – diese und weitere Zeitungsartikel sind Teil einer regelrechten Herbstoffensive der Cannabislegalisierungslobby. Hinter dieser Lobpreisung des CBD-Hanf mit weniger als 1% THC und 12-20% Cannabidiol (CBD) versteckt sich in Wahrheit ein weiterer Propaganda-Schachzug auf dem Weg zur beabsichtigten, verantwortungslosen Legalisierung des «echten» Cannabis mit 10-25% THC.

Von fast allen der 200 Staaten der Welt wurden die drei UNO-Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Rauschgifte unterzeichnet. Sie gehören zum geltenden Recht. Der internationalen Legalisierungslobby sind sie jedoch schon seit Jahrzehnten ein Dorn im Auge.

Drogenhandel ist das zweitgrösste illegale Geschäft weltweit – heutzutage möchten gewisse Kreise die Finanzströme (Hunderte von Milliarden Dollar pro Jahr) gerne in «legale» Bahnen lenken. Gerechtfertigt wird



dies mit der blauäugigen Behauptung, dass damit «die Drogenmafia» ausgeschaltet werden könne. Zugleich sollen die Drogengewinne u. a. die Verschuldung der westlichen Welt kompensieren können.

Da sich die UNO-Abkommen jedoch nicht so leicht aus der Welt schaffen lassen, arbeiten Interessengruppen daran, in einzelnen Ländern – als erster Schritt – die Cannabislegalisierung durchzusetzen. Unser Land und einige Staaten Süd- und Nordamerikas sind im Fokus dieses koordinierten Versuches. Für die Schweiz sprechen wir von einer «Herbstoffensive» auf Kosten der Gesundheit, vor allem der Jugend.

Zur Erinnerung: 2008 hat die Schweizer Bevölkerung mit einer 2/3 Mehrheit die Cannabislegalisierung abgelehnt. Trotzdem ging die Liberalisierungsbewegung ungebremselt weiter. Seit einigen Monaten nun wird der «neu gezüchtete» CBD-Hanf mit weniger als 1% THC (psychoaktiver Wirkstoff) propagiert. Langzeitstudien über die Wirkungen von CBD-Hanf fehlen jedoch. Trotzdem wird die Bevölkerung sowie die Politik und die Medien durch ständige Propaganda zu mehr Akzeptanz für alle Arten von Cannabisprodukten – ob legal oder illegal - bearbeitet.

Die Hanfpropagandisten fordern, dass Cannabis von Schweizer Bauern, staatlich abgesegnet, produziert wird und möglichst bald als Medikament und Genussmittel Verbreitung findet. Die Bauern ködert man mit hohen Gewinnmargen für den Anbau. Dem Staat verspricht man Dutzende Millionen an Steuereinnahmen. Verges-

sen gehen dabei die durchaus berechtigten, millionenschweren, staatlichen Tabak-Präventionskampagnen, die durch die «coole», bereits heute in Grossverteilern und Kiosken erhältliche Hanf-Zigarette torpediert werden. Familien beruhigt man mit dem zynischen Hinweis, dass dies alles selbstverständlich von mehr «Jugend-schutz» begleitet werde.

Den UNO-Übereinkommen liegen die negativen Auswirkungen und die grossen Gefahren, die bei jedem Rauschgiftkonsum auftreten können, zugrunde. Besonders bei jungen Menschen kann regelmässiger Konsum zu grossen Schwierigkeiten führen – in der Familie, in der Schule, im Lehrbetrieb und bei der Arbeit in den Firmen. Die Auswirkungen der pharmakologischen Vergiftung des Gehirns durch psychoaktive Wirkstoffe finden bei Politikern, staatlichen Gesundheitsverantwortlichen und Medien zu wenig Beachtung. Keine der heute verbotenen Substanzen dürfen als «legales Genussmittel» akzeptiert werden.

Der Verein «Jugend ohne Drogen» stellt sich weiterhin klar gegen jede Art von Legalisierung/Regulierung der Rauschgifte. Auch in Zukunft werden wir uns für den Schutz unserer Kinder und Jugendlichen einsetzen, damit sie in Leben und Beruf bestehen können. Wir werden über die Gefahren der Rauschdrogen aufklären und sinnvolle, zur Abstinenz führende Therapien unterstützen.

Verena Herzog, Nationalrätin, Präsidentin
Verein Jugend ohne Drogen

Jean-Paul Vuilleumier, Sekretär Verein Jugend
ohne Drogen

Aus dem Inhalt

- 1 Editorial – Lasst uns endlich zu Wort kommen!
- 2 Der Cannabis-Offensive entgegentreten!
- 3 Offener Brief an den Bundesrat
- 4 Das Betäubungsmittelgesetz ist die Grundlage der schweizerischen Drogenpolitik
- 5 Das von der Schweiz 2005 ratifizierte Übereinkommen der Vereinten Nationen muss eingehalten werden
- 6 Island hat den Kampf gegen die Drogen gewonnen
- 8 San Patrignano – eine erfolgreiche Drogenrehabilitations-Institution
- 8 Das Erlebnis San Patrignano – Studienreise 2018

Eltern gegen Drogen

Offener Brief an den Bundesrat

Forderungen der Schweiz. Vereinigung Eltern gegen Drogen an den Bundesrat betreffend die Drogenpolitik

Sehr geehrte Frau Bundesrätin, sehr geehrter Herr Bundesrat

Mitglieder der Schweizerischen Vereinigung Eltern gegen Drogen verfolgen mit grosser Besorgnis die Entwicklung der Drogenpolitik in der Schweiz, insbesondere die schrittweisen Legalisierungstendenzen von Cannabis.

Respektierung von Volksentscheiden

Als höchster Volksvertreter erwarten wir von Ihnen, dass Sie die deutlichen Abstimmungsergebnisse der Schweizer Bevölkerung zur Droleg-Initiative (74% Nein-Stimmen) und zur Cannabisinitiative (63% Nein-Stimmen) respektieren. Denn die Bevölkerung hat diese klaren Entscheidungen zu einem Verbot des Anbaus, Handels und Konsums (Kiffen) aus Betroffenheit gefällt.

Auswirkungen des Drogenkonsums

Durch die Veröffentlichungen verschiedenster Studien über negative Auswirkungen des Kiffens auf die Hirnfunktionen und das Lernen (längere Reaktionszeiten, eingeschränkte Merkfähigkeit, gestörtes Kurzzeitgedächtnis, Konzentrationsschwäche, Zustände von Desorientiertheit, Verwirrtheit, Angst, Panik, Depressionen, Psychosen, Schizophrenien, Aggressionen und Gewalt) und die eigenen Erfahrungen vieler Bürger/-innen, konnte zum Glück in den letzten Jahren ein Trend gegen die Freigabe des Drogenhanfs beobachtet werden.

Immer deutlicher zeigen sich die Folgen des Cannabiskonsums bei

Schulversagen, Lehrabbrüchen, Arbeitslosigkeit und jungen IV-Rentnern.

Wir fordern Sie auf, sich über die Anstrengungen und Massnahmen der isländischen Regierung gegen den vor 20 Jahren ausufernden Drogenkonsum zu informieren. Ein Programm auch für die Schweiz?

Jeglicher Art der Verharmlosung des Drogenkonsums ist entgegenzutreten!

Erschwerung der Polizeiarbeit

Unverständlicherweise verabschiedete das nationale Parlament 2013 ein Gesetz, das den Besitz von 10 Gramm Cannabis als erlaubte, geringfügige Menge beurteilte.

Wir beanstandeten damals diese Gesetzesbestimmung aus drei Gründen:

1. 10 Gramm sind eine willkürliche Menge, welche je nach Höhe des THC-Gehaltes – also des Rauschgiftgehalts – bis zu 50 Joints ermöglichen.
2. Sie untergräbt das eigentliche Verbot des Cannabishandels, weil ein Dealer täglich mehrmals mit unter 10 Gramm ungestört seine illegalen Geschäfte tätigen kann.
3. Die Polizei kann seither ihren Auftrag nicht mehr erfüllen, müsste sie sich doch lächerlich machen und mit einer Waage unterwegs sein.

Deshalb erwarten wir, dass im bestehenden Betäubungsmittelgesetz diese unsinnige durch eine klare Bestimmung ersetzt wird.

Hanfprodukte als Medizin und als Rausch- resp. Suchtmittel

Wie bereits zu Zeiten des Platzspitzes in Zürich und des Kocherparks in Bern wird die Polizei absichtlich aus-

geschaltet, damit der nächste Schritt zur Drogenlegalisierung vorbereitet werden kann. Die gleichen sogenannten Drogenfachleute – fast alles Ideologen aus der Zeit der offenen Drogenszenen – versuchen nun wie schon vor ca. 25 Jahren, Cannabis als Medizin anzupreisen. Dies, obschon bereits seit Langem z. B. Multiple-Sklerose-Patienten bei Verlangen Cannabismedikamente erhalten können.

Die Mitglieder der Schweizerischen Vereinigung Eltern gegen Drogen verlangen Gesetze und deren Umsetzung zum Wohle unserer Kinder.

Eine andere «Schiene», um zur Cannabislegalisierung zu gelangen, sind die geplanten Versuche. Dass auch Nationalfondsgelder für die Menschenversuche mit 12%igem Drogenhanf gesprochen wurden und den Teilnehmenden sogar der Führerschein belassen wird, kann aus Rücksicht auf die Bevölkerung nicht toleriert werden.

Aus verschiedenen Berichten über Länder wie Colorado, welche aufzeigen, dass eine Cannabislegalisierung verheerende Folgen hat wie mehr Unfälle, mehr Spitaleinweisungen, mehr Kriminalität, muss der Bundesrat Konsequenzen für die Schweizer Drogenpolitik ziehen.

Cannabidiol (CBD)

Wir verlangen vom Bundesrat, dass er die Erhöhung des erlaubten Rauschgiftgehalts von 0,3% auf 1% (EU Länder 0,2%) rückgängig macht, da diese Bestimmung zu grosser Verwirrung und Rechtsunsicherheit führt. Auch soll er den wichtigen Art. 11 des 1. Kapitels «Grundrechte» der Bundesverfassung: «Kinder und Jugendliche haben Anspruch auf besonderen Schutz ihrer Unversehrtheit und

Mit Auto/Velo unterwegs?

Immer mehr Verkehrsteilnehmende fahren unter Drogeneinfluss! Somit steigt das Risiko für uns alle, unverschuldet in einen Verkehrsunfall verwickelt zu werden.

Informieren Sie sich!

EgD

Schweizerische Vereinigung
Eltern gegen Drogen

www.elterngegendrogen.ch

Förderung ihrer Entwicklung» ernst nehmen.

Die beispiellosen Werbekampagnen für das tetrahydrocannabinolhaltige, aber auch das cannabidiolhaltige Cannabis erschrecken uns Eltern. Sie zeigen, wie dreist die Cannabislegalisierungslobby vorgeht: Sie nützt die Gesetzeslücke schamlos für ihre lukrativen Geschäfte aus, ködert Bauern mit hohen Verdiensten und bezeichnet sich als Retter der Staatsfinanzen und sogar der AHV.

Trotz mangelhaften Forschungsergebnissen wird das CBD als «Wundermittel» gegen Epilepsie, Spasmen bei Multipler Sklerose, Schlafstörungen, Übelkeit und vieles mehr angepriesen. Dies, obschon in der Schweiz aus gesetzlichen Gründen keine spezifischen Heilversprechen abgegeben werden dürfen. Denn die medizinische Wirkung von CBD ist derzeit nicht gesichert.

Da **Cannabidiol-Zigaretten** gleich riechen und gleich aussehen wie die illegalen Joints, müssen diese als «**Einstiegsdroge**» bezeichnet werden. Beim Rauchen von CBD-Zigaretten wird je nach Anzahl das THC wirksam, mit allen den oben erwähnten negativen Folgen. Cannabidiol macht schläfrig, schwindelig und wirkt entkrampfend.

Wir Eltern wollen nicht, dass unsere Kinder in solchen Dämmerzuständen das wahre Leben verpassen!

Die Fachstelle «Sucht Schweiz» äussert sich betreffend CBD folgendermassen: «Wir können noch sehr wenig über die Gefahren bei CBD-Konsum sagen. Das Rauchen ist jedoch aufgrund der krebserregenden Verbrennungspartikel stets ungesund.»

Gegen das Rauchen von Zigaretten hat der Bund Millionen von Steuergeldern für Plakat- und andere Kampagnen ausgegeben. Wegen der grossen Gefahren des CBD-Zigaretten-Booms erwarten wir Eltern von Ihnen, werter Frau Bundesrätin, werter Herr Bundesrat, und vom Bundesamt für Gesundheit, dass **Cannabidiol auf die Liste der rezeptpflichtigen Substanzen aufgenommen wird.**

Zusammenfassend fordert die Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen:

Der Bundesrat ...

1. respektiert die Volksentscheide gegen eine Cannabislegalisierung vollumfänglich;
2. nimmt die gesicherten negativen Auswirkungen des Drogenkonsums (insbesondere auch Cannabis), aber auch positive Programme zur Bekämpfung des Dro-

genproblems (z. B. Island) als Grundlage für seine Drogenpolitik;

3. zieht die Konsequenzen aus den negativen Erfahrungen mit der Legalisierung (z. B. in Colorado) für die schweizerische Drogenpolitik;
4. lehnt die Erhöhung des THC-Gehaltes aus Jugendschutzgründen ab und orientiert sich an den Normen anderer europäischer Länder;
5. schafft die unsinnige «10-Gramm-Bestimmung» ab und unterstützt die Polizeiarbeit;
6. tritt für eine klare Trennung von Cannabis für medizinische Zwecke auf Rezept und Cannabis als Rausch- und Suchtmittel ein;
7. bewilligt keine Menschenversuche mit dem Rauschgift THC;
8. setzt sich für die Aufnahme von Cannabidiol auf die Liste der rezeptpflichtigen Substanzen ein;
9. setzt alles daran, dass unsere Kinder und Jugendlichen von Staates wegen gegen Drogendealer geschützt werden, so dass sie in guter Gesundheit ihre Talente einsetzen und Träume verwirklichen können.

Wir danken Ihnen im Voraus für eine Berücksichtigung unserer Anliegen und freuen uns auf Ihre Rückmeldung.

Sabina Geissbühler-Strupler, Präsidentin der Schweizerischen Vereinigung Eltern gegen Drogen

Das Betäubungsmittelgesetz ist die Grundlage der schweizerischen Drogenpolitik

Art. 1 (Zweck): Dieses Gesetz soll

- a) dem unbefugten Konsum von Betäubungsmitteln und psychotropen Stoffen vorbeugen, namentlich durch Förderung der Abstinenz;
- b) die Verfügbarkeit von Betäubungsmitteln und psychotropen Stoffen zu medizinischen und wissenschaftlichen Zwecken regeln;
- c) Personen vor den negativen ge-

sundheitlichen und sozialen Folgen suchtbedingter Störungen der Psyche und des Verhaltens schützen;

- d) die öffentliche Ordnung und Sicherheit vor den Gefahren schützen, die von Betäubungsmitteln und psychotropen Stoffen ausgehen;
- e) Kriminelle Handlungen bekämpfen, die in engem Zusammenhang

mit Betäubungsmitteln und psychotropen Stoffen stehen.

Nur allzu viele Politikerinnen und Politiker und sogenannte Drogenexperten scheinen das vom Volk gutgeheissene Betäubungsmittelgesetz (BetmG) mit dem Art. 1 a-e nicht zu kennen oder ignorieren dieses schlichtweg mit Absicht!? **Dabei wären wir bei Einhaltung dieser Gesetzesbestimmung sicher in der Nähe des fast drogenfreien Island.**

Das von der Schweiz 2005 ratifizierte Übereinkommen der Vereinten Nationen muss eingehalten werden

Das von der Schweiz 2005 ratifizierte Übereinkommen der Vereinten Nationen betreffend den unerlaubten Verkehr mit Betäubungsmitteln und psychotropen Stoffen muss eingehalten und umgesetzt werden.

Die wichtigsten Punkte in der **Präambel** dieses Übereinkommens lauten wie folgt:

«Die Vertragsparteien dieses Übereinkommens,

tief besorgt über Ausmass und Zunahme der **unerlaubten Gewinnung von Betäubungsmitteln und psychotropen Stoffen**, der unerlaubten Nachfrage nach solchen Stoffen und des unerlaubten Verkehrs mit solchen Stoffen, die Gesundheit und Wohl der Menschen ernstlich gefährden und die wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Grundlagen der Gesellschaft beeinträchtigen;

sowie tief besorgt über das **stetig zunehmende Übergreifen des unerlaubten Verkehrs mit Betäubungsmitteln und psychotropen Stoffen** auf unterschiedliche gesellschaftliche Schichten und insbesondere über die **Tatsache, dass Kinder in vielen Teilen der Welt als Verbraucher auf dem unerlaubten Betäubungsmittelmarkt ausgebeutet** und für Zwecke der unerlaubten Gewinnung und Verteilung von Betäubungsmitteln und psychotropen Stoffen sowie des unerlaubten Handels mit solchen Stoffen benutzt werden, was eine Gefahr von unübersehbarer Tragweite darstellt;

in Erkenntnis der **Verbindungen zwischen dem unerlaubten Verkehr und anderer damit zusammenhängender organisierter Kriminalität**, welche die rechtmässige Wirtschaft untergräbt und die Stabilität, Sicherheit und Souveränität der Staaten gefährdet;

in der weiteren Erkenntnis, dass der unerlaubte Verkehr eine **internatio-**



Symbolbild: pixabay.com

nale kriminelle Tätigkeit ist, deren Bekämpfung dringende Aufmerksamkeit und höchsten Vorrang erfordert;

in dem Bewusstsein, dass der **unerlaubte Verkehr zu hohen finanziellen Gewinnen und Reichtümern führt, die es transnationalen kriminellen Vereinigungen ermöglichen, die Strukturen des Staates, die rechtmässigen Handels- und Finanzgeschäfte und die Gesellschaft auf allen Ebenen zu durchdringen, zu vergiften und zu korrumpieren;**

entschlossen, diejenigen, die sich mit unerlaubtem Verkehr befassen, um den Ertrag ihrer kriminellen Tätigkeit zu bringen und ihnen dadurch den **Hauptanreiz für ihr Tun zu nehmen;**

in dem Wunsch, **die Grundursachen des Problems des Missbrauchs von Betäubungsmitteln und psychotropen Stoffen zu beseitigen**, darunter die unerlaubte Nachfrage nach solchen Stoffen und die aus dem unerlaubten Verkehr stammenden ungeheuren Gewinne;

in der Erwägung, dass Massnahmen notwendig sind, um bestimmte Stoffe, einschliesslich der bei der Herstellung von Betäubungsmitteln und psychotropen Stoffen verwendeten Vorläuferstoffe, Chemikalien und Lösungsmitteln, **deren leichte Verfügbarkeit zu einem Anstieg der im Geheimen**

vorgenommenen Herstellung solcher Stoffe geführt hat, zu überwachen;

in der Erkenntnis, dass die Ausmerzung des unerlaubten Verkehrs in die kollektive Verantwortung aller Staaten fällt und dass zu diesem Zweck ein **koordiniertes Vorgehen im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit notwendig** ist;

in Erkenntnis der Bedeutung, die einer Verstärkung und einem **Ausbau wirksamer rechtlicher Mittel für die internationale Zusammenarbeit in Strafsachen** zukommt, um die internationalen kriminellen Tätigkeiten des unerlaubten Verkehrs zu bekämpfen,

kommen hiermit wie folgt überein:»

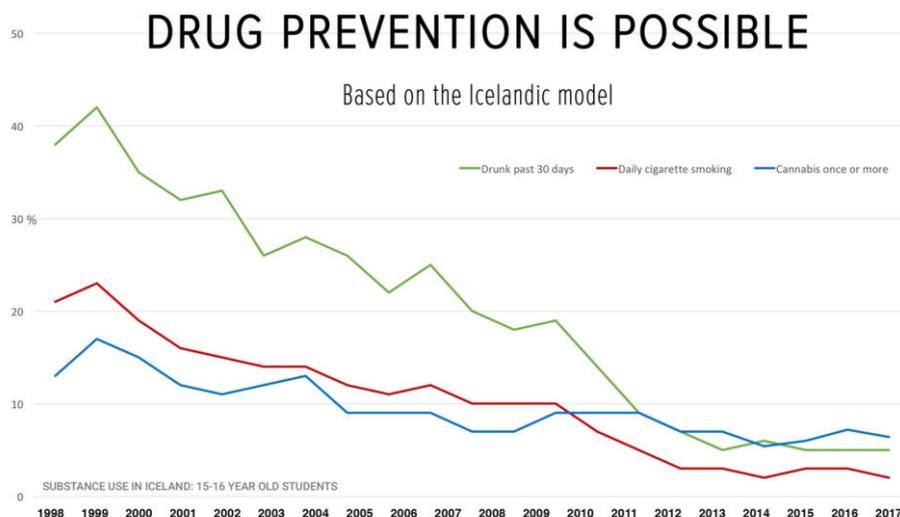
Dann folgt der eigentliche Inhalt des Übereinkommens, dessen Wiedergabe den Rahmen unseres Bulletins sprengen würde. **Es ist dringend nötig, dass sich die Schweiz wie ungefähr 200 andere Staaten ebenfalls an dieses Abkommen hält. Nach unserem Verständnis müsste sowohl auf die Cannabis-Versuche wie auch auf das Tolerieren von Anbau, Vertrieb und Konsum von THC- oder CBD-Zigaretten und anderer Produkte verzichtet werden. Auch die Fixerräume und die Pläne für eine Kokainabgabe widersprechen diesem von der Schweiz ratifizierten Übereinkommen.**

Island hat den Kampf gegen die Drogen gewonnen

20 Jahre harte Arbeit weisen heute unglaubliche Ergebnisse vor. Denn noch vor zwei Jahrzehnten waren Drogenabhängigkeit und Alkoholmissbrauch unter isländischen Jugendlichen weit verbreitete Probleme, die das Land heute jedoch im Griff hat. Von 1998 bis 2016 ist der Anteil der Jugendlichen zwischen 15 und 16 Jahren, die übermässig viel Alkohol konsumieren, von 48 auf 5 Prozent und der Anteil der Cannabisraucher von 17 auf 7 Prozent gesunken. Auch die Zahlen der Tabakraucher sind drastisch gesunken: von 23 auf nur noch 3 Prozent. Ein Rückgang, der die Jugendlichen Inselbewohner heute zu den gesündesten in ganz Europa macht. Doch der Weg dorthin war lang und schwer.

Massnahmen, die zum Erfolg führten

Das Ergebnis dieser Bemühungen, durch das die negative Rangliste, die die isländischen Jugendlichen auf Platz eins der Drogen- und Alkoholkonsumenten in Europa sah, gekippt werden konnte, war nur mithilfe der folgenden Massnahmen möglich. **Dazu zählten die Einführung der Ausgangssperre, eine intensive Zusammenarbeit zwischen schulischen Einrichtungen und Eltern, die Einführung von Verboten sowie das Anbieten von ausserschulischen Aktivitäten, die die Jugendlichen den ganzen Tag über beschäftigten.** Ein Plan, der bereits 1992 eingeleitet wurde, dessen Wurzeln jedoch in einer Doktorarbeit liegen, die viele Jahre zuvor vom amerikanischen Psychologie-Professor Harvey Milkman in New York geschrieben wurde, der heute an der Universität von



Positive Zahlen: Unter Jugendlichen ist der Konsum von Alkohol (grüne Linie), Tabak (rot) und Cannabis (blau) markant rückläufig. Grafik: www.planetyouth.community

Reykjavik tätig ist. In dieser Arbeit ging es um den Zusammenhang zwischen Alkohol- und Drogenkonsum und der Veranlagung zu Stress, der bei verschiedenen Personen untersucht wurde. Nach der Fertigstellung seiner Doktorarbeit wurde Milkman in ein Forschungsteam integriert, das sich der Aufgabe widmete, dem Drogenmissbrauch entgegenzuwirken. 1991 wurde Milkman schliesslich nach Island geschickt, um seine Forschungen vorzustellen.

«Trinkst du Alkohol?»

Seine Ideen wurden von den Isländern derart positiv aufgenommen, dass er darum gebeten wurde, ein Projekt mit den jungen Inselbewohnern zu starten. 1992 wurde der Fragebogen des Professors allen Jugendlichen zwischen 15 und 16 Jahren unterbreitet. Dieses Experiment wurde auch in den nachfolgenden Jahren regelmässig wiederholt. In dem Fragebogen wur-

den einfache und direkte Fragen formuliert, wie zum Beispiel: «Trinkst du Alkohol?», «Hast du dich schon einmal betrunken?», «Hast du schon einmal geraucht?», «Wie viel Zeit bringst du mit deinen Eltern?», «Welche Hobbies hast du?»

Die Ergebnisse des Fragebogens waren erschütternd: Ca. 25 Prozent der Jugendlichen gaben an, täglich zu rauchen, und 40 Prozent gaben an, sich vor erst knapp einem Monat das letzte Mal betrunken zu haben. Doch es war ein anderes Ergebnis, das Milkman vor allem nachdenklich machte. **Aus dem Fragebogen ging hervor, dass diejenigen Jugendlichen, die regelmässig Sport trieben oder an Kursen teilnahmen und ein gutes Verhältnis zu ihren Eltern hatten, weit aus weniger dazu geneigt waren, Drogen oder Alkohol zu konsumieren.**

Aus diesen einfachen Fragen entwickelte sich dann auf Initiative der Regierung hin **das nationale Programm Youth in Iceland**, das sowohl Eltern als auch Schulen direkt miteinbezog. Die erste Massnahme war die Abschaffung der Zigaretten- und Alkoholwerbung, Jugendliche unter 18 Jahren durften keine Zigaretten mehr kaufen und Jugendliche unter 20 Jahren keine alkoholischen Getränke

Spendenaufruf

Die Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen hält Sie über die Drogenproblematik auf dem Laufenden. Um unsere Aufgaben erfüllen zu können, sind wir jedoch auch auf finanzielle Unterstützung angewiesen. Wir freuen uns deshalb sehr über Ihre **Spende auf PC 30-7945-2**.

Herzlichen Dank für Ihre Mithilfe zugunsten unserer Vereinigung!

Eltern gegen Drogen

mehr. Anschliessend wurde eine Ausgangssperre für Jugendliche zwischen 13 und 16 Jahren eingeführt. Diese mussten im Winter spätestens um 22 Uhr und im Sommer spätestens um Mitternacht zu Hause sein. **Das Hauptziel des Programms war dabei, die Jugendlichen so viel Zeit wie möglich zu Hause verbringen zu lassen, wobei die Quantität der mit der Familie verbrachten Zeit der Qualität übergeordnet wurde.**

Die meisten Präventionsprogramme hatten keine Wirkung gezeigt

«Zu dieser Zeit wurden in Island viele Präventions- und Erziehungsprogramme eingeführt», sagt Forschungsassistentin Inga Dóra, die an der Studie teilgenommen hat. Dabei wurden die Jugendlichen über die Risiken aufgeklärt, die durch den Konsum von Drogen und den Missbrauch von Alkohol entstehen können, doch diese Massnahme erzielte nicht die gewünschte Wirkung. Wie auch in anderen Ländern liegt dies daran, dass diesen Initiativen nicht die nötige Aufmerksamkeit geschenkt wird. «Deswegen haben wir schliesslich einen anderen Ansatz gewählt», sagt Dóra.

Den bisher angewendeten Methoden wurde eine Vielzahl an ausserschulischen Aktivitäten jeder vorstellbaren Art hinzugefügt, von sportlichen bis hin zu künstlerischen. Auf diese Weise bot man den Jugendlichen die Möglichkeit, gemeinsam Zeit zu verbringen und gewährleistete gleichzeitig ein psychisch-physisches Wohl-

finden, was sie vorab stets durch den Konsum von Drogen und Alkohol gesucht hatten. Dabei wurden Aktivitäten angeboten, an denen alle Jugendlichen, auch die weniger wohlhabenden, teilnehmen konnten. Zu diesem Zweck hatte die Regierung staatliche Förderungsmittel bereitgestellt. «Natürlich haben wir den Jugendlichen nicht gesagt: «Ihr macht hier gerade eine Therapie». Wir haben ihnen gesagt: «Wir bringen euch das bei, was ihr möchtet»: Musik, Tanz, Kampfsportarten, Zeichnen», erklärt Milkman. Dabei ging es hauptsächlich um Aktivitäten, die auf das Gehirn der Jugendlichen wirkten, so wie es auch die Drogen taten, die sie konsumierten, allerdings ohne negative Auswirkungen. Auf diese Weise konnten sie auch den Stress und ihre Ängste mindern.

Der Drogen- und Alkoholkonsum nahm drastisch ab

Innerhalb von 15 Jahren, von 1997 bis 2012, hat sich die Zahl der Jugendlichen, die an sportlichen Aktivitäten teilnahmen, verdoppelt, wobei teilweise bis zu vier Mal in der Woche Sportkurse besucht wurden. Auch die Zeit, die gemeinsam mit der Familie verbracht wurde, erhielt einen immer höheren Stellenwert. Dadurch nahm der Anteil derjenigen, die Drogen und Alkohol konsumierten, drastisch ab.

Das Programm Youth in Iceland wurde aufgrund des enormen Erfolgs nun zu Youth in Europe umgewandelt und fand bis heute in 18 Ländern Anwendung. Verschiedene Länder haben den



Vorschlag aus Island wegen einiger der Programmpunkte abgelehnt, zum Beispiel wegen der Erhaltungskosten des Projekts, denn nicht alle Länder hätten die Möglichkeit, öffentliche Gelder in ausserschulische Aktivitäten zu investieren. Andere wiederum lehnten die eiserne Disziplin ab, die den Jugendlichen «auferlegt» würde: Schweden gab beispielsweise an, dass die Ausgangssperre, wie auch in Grossbritannien, nicht umsetzbar wäre.

Sicher ist jedoch, dass das Programm in Island funktioniert hat und grossartige Ergebnisse vorweisen konnte: Die Zusammenarbeit zwischen den Bürgern und dem Staat hat Früchte getragen und den Anteil der Jugendlichen, die Drogen und Alkohol konsumieren, gesenkt. Ausserdem hat das Projekt bewirkt, dass Eltern und Kinder wieder zueinander finden, wodurch den Jugendlichen die Möglichkeit gegeben wurde, einen gesunden und produktiven Lebensstil zu führen.

Aus dem Bericht von Renato Paone, Huffington Post Italien, übersetzt von Anna-Louisa Reitz; 28.1.2017

Kommentar Eltern gegen Drogen:

Wir sind der Meinung, dass dieses Projekt in der Schweiz umgesetzt werden sollte. Unsere Vereine und «Jugend und Sport» bieten ein vielfältiges Programm für Freizeitbeschäftigungen an. Was sicher verbessert werden könnte, ist die Aufwertung der Familie und der Wille der Behörden und Schulen, sich für eine möglichst drogenfreie Schweiz einzusetzen. Auch die Restriktionen betreffend Werbung, Alterslimite und Ausgangssperren wären prüfenswerte Massnahmen, damit sich unsere Kinder gesundheitsbewusst entfalten könnten. Weitere Informationen wird unsere Präsidentin vor Ort einholen. Hier noch ein Link:

www.planetyouth.community.



Islands Bemühungen gegen den Drogenkonsum tragen Früchte. Symbolbild: pixabay.com

San Patrignano – eine erfolgreiche Drogenrehabilitations-Institution

In der 4. Ausgabe des EgD-Infobulletins von 2017 schliessen wir die Informationen über **das erfolgreiche Drogendorf San Patrignano in Rimini, welches 2018 seinen 40. Geburtstag feiern wird**, ab.

Drogenabhängigkeit ist KEINE Krankheit

In San Patrignano gilt: Drogenabhängigkeit ist KEINE Krankheit! Denn wer Drogensucht als Krankheit bezeichne, nehme den Betroffenen nicht nur die Verantwortung für ihr eigenes Leben: Er liefere dem Staat auch ein Argument, sich darauf zu beschränken, die Allgemeinheit vor den Folgen der Sucht zu schützen, etwa durch die Stabilisierung von Abhängigen mit Ersatzdrogen. Über den Umgang, der in San Patrignano mit der Sucht gepflegt wird, lässt sich zumindest sagen, dass er Drogen als das wahrnimmt, was sie tatsächlich sind: **Jede Droge ist eine Ersatzdroge.** Jeder Griff danach ist ein Versuch, sich auf etwas zu stützen, das weggebrochen ist und immer wieder wegbricht, ein Versuch, so etwas wie Glückseligkeit in Gestalt ihres flüchtigsten Surrogats zu erhaschen, in einsamen und am Ende stets hoffnungslosen Räuschen.

Nach der Therapie sind 72 Prozent drogenfrei

Seit 1978 hat San Patrignano rund 25'000 junge Menschen aufgenom-

men und ihnen ein Zuhause, ein Gesundheitswesen, Rechtshilfe, eine Arbeitsstelle und die Möglichkeit angeboten, zu studieren, zu lernen, ihr Leben zu verändern und wieder vollwertige Mitglieder der Gesellschaft zu werden. 140 freiwillige und 350 bezahlte Mitarbeiter, viele von ihnen ehemalige Drogenabhängige, bilden den Kern der Gemeinschaft. Die Hälfte der Einnahmen erhält San Patrignano durch den Verkauf von Waren und Dienstleistungen, die andere Hälfte sind Spenden von Privaten und

Firmen, die das Konzept mittragen und einen Beitrag zur Realisierung der sozialen Ziele leisten möchten.

Gemäss der ersten unabhängigen Studie in Italien, durchgeführt von einem multidisziplinären Forscherteam der Universitäten Urbino und Pavia, **konsumieren 72 Prozent der Menschen, welche die Therapie in San Patrignano beendet haben, keine Drogen mehr.** Sie sind sozial und beruflich wieder vollständig in die Gesellschaft integriert.

Das Erlebnis San Patrignano – eine Studienreise

Falls genügend Interessentinnen und Interessenten für einen Besuch des Therapiedorfes San Patrignano gefunden werden, plant die Schweiz. Vereinigung Eltern gegen Drogen eine entsprechende **dreitägige Carreise im Mai 2018.**



Foto: www.sanpatrignano.com

Bitte geben Sie bis Ende Januar 2018 per E-Mail (elterngegendrogen@bluewin.ch) Ihren Namen, Ihre Adresse und den Grund Ihres Interesses (Sozialarbeitende, Medien usw.) an. Wir werden Sie dann rechtzeitig informieren, ob und wann die Reise stattfinden wird.

Wir wünschen Ihnen frohe Weihnachtstage und geben Ihnen folgende Zeilen mit ins Jahr 2018:
«Mit Steinen, die dir in den Weg gelegt werden, kannst du auch 'was Schönes bauen.»



Werden Sie Mitglied!

Als Mitglied erhalten Sie vierteljährlich das Informationsbulletin *Eltern gegen Drogen*, das Sie über aktuelle Themen auf dem Laufenden hält. Mit Ihrem Mitgliederbeitrag unterstützen Sie die Anliegen der Schweizerischen Vereinigung Eltern gegen Drogen.

- Einzelmitglied** (Jahresbeitrag Fr. 30.–) **Ehepaar-Mitglied** (Jahresbeitrag Fr. 50.–)
 Gönner (Beitrag nach freiem Ermessen)
 Ich will das Informationsbulletin *Eltern gegen Drogen* abonnieren. (Fr. 20.–; erscheint 4x im Jahr)
 Ich möchte die Vereinigung finanziell unterstützen. Bitte senden Sie mir einen Einzahlungsschein. (PC Konto 30-7945-2)

Name, Vorname _____

Adresse _____

PLZ / Ort _____

Datum / Unterschrift _____

Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen, Postfach, 3001 Bern

Impressum

Herausgeberin:
Schweizerische Vereinigung
Eltern gegen Drogen,
Postfach, 3001 Bern
elterngegendrogen@bluewin.ch
www.elterngegendrogen.ch

Spendenkonto:
PC 30-7945-2
Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Redaktionsteam:
Dr. med. Theodor Albrecht
Dr. rer. nat. Alexandra Nogawa
Sabina Geissbühler-Strupler

Layout: Optimovum GmbH, 3018 Bern

Korrektorat: Entlastungsbüro Toni
Augsburger, 3047 Bremgarten b. Bern

Druck: Jordi AG, Aemmenmattstrasse 22,
3123 Belp, info@jordibelp.ch